

# PRESSEMITTEILUNG

## PRESSEMITTEILUNG

Bildungspolitik

Nr. 343/10 vom 06. Oktober 2010

### **Heike Franzen zu TOP 52: Die Unterrichtsversorgung hat sich nachweislich verbessert**

Es gilt das gesprochene Wort  
Sperrfrist Redebeginn

Der vorliegende Bericht bezieht sich auf die Unterrichtssituation im Schuljahr 2009/2010, also auf das letzte Schuljahr. Er bietet aber zugleich eine Übersicht über die Entwicklung der Schülerzahlen bis zum Schuljahr 2019/2020.

Erfreulich ist, dass sich die Unterrichtsversorgung an den allgemein bildenden Schulen im letzten Schuljahr verbessert hat. Insgesamt ist die Anzahl der erteilten Unterrichtsstunden um 1.200 gestiegen. Immerhin sind von 2007 bis 2009 1.164 zusätzliche Planstellen geschaffen worden, obwohl sich gleichzeitig die Schülerzahlen um rund 10.000 reduziert haben. In diesem Jahr sind noch einmal 255 Stellen dazu gekommen.

Durch die Neuregelung des Pflichtstundenerlasses kommt noch mal ein Unterrichtsvolumen von rund 450 Planstellen bei den Schulen an. Und so wird trotz der jetzt geplanten Reduzierung von Lehrerplanstellen, bei rückläufigen Schülerzahlen, die Unterrichtsversorgung in den Schulen weiter verbessert. 2006 kamen durchschnittlich 19,09 Schülerinnen und Schüler auf eine Planstelle, im Schuljahr 2009 waren es 17,79 und im Schuljahr 2012 werden es 17,27 sein. Sie sehen also, dass es möglich ist, die Lehrerplanstellen zu

reduzieren und gleichzeitig die Unterrichtsversorgung nicht nur zu halten, sondern sogar zu verbessern. Man muss eben nur wissen wie.

Eine ebenso erfreuliche Nachricht ist die Tatsache, dass sich die Schülerzahlen von Schülerinnen und Schülern mit einem Ausbildungsverhältnis erhöht haben. Das heißt nämlich, dass die Betriebe wieder vermehrt ausbilden. Das sind Zukunftschancen für unsere Kinder, die wir uns hier in diesem Haus wohl alle wünschen.

Allerdings muss in diesem Zusammenhang auch gesagt werden, dass insgesamt die Schülerzahlen an den beruflichen Schulen weiter angestiegen sind, so dass sich die Unterrichtsversorgung an diesen Schulen leider nicht verbessert, sondern verschlechtert hat. Der Anteil der tatsächlich gegebenen Unterrichtsstunden hat sich allerdings auch hier erhöht, an den beruflichen Gymnasien sogar deutlich. Ärgerlich ist allerdings, dass sich der Unterrichtsausfall im letzten Jahr erhöht hat. Vielleicht kann der Minister ja im Ausschuss aufklären, worin das begründet ist.

An den Grundschulen sind die Schülerzahlen weiter gesunken und wir werden bis 2019 damit rechnen müssen, dass diese Zahl um weitere 15.000 absinken wird. Das wird Auswirkungen auf gerade kleine Grundschulstandorte haben. Weitere Zusammenlegungen von Grundschulen bis hin zur Schließung einiger Grundschulen werden die Folge dieser Entwicklung sein.

Die Regional- und Gemeinschaftsschulen haben steigende Schülerzahlen, während die Zahlen an den Haupt- und Realschulen sinken. Das ist die logische Folge aus der Zusammenlegung dieser Schularten zu Regional- und Gemeinschaftsschulen. Interessant ist allerdings, dass sich in 2009 nur 4 % der Eltern, deren Kinder eine Empfehlung für das Gymnasium hatten, für eine Regional- oder Gemeinschaftsschule entschieden haben.

Die nachgefragteste Schulart ist und bleibt das Gymnasium. Hier sind die höchsten Übergangsquoten aus den Grundschulen zu verzeichnen. Darunter 21 % Schülerinnen und Schüler mit einer Realschulempfehlung, die sich offensichtlich das Abitur auch nach 8 Jahren zutrauen.

Ein Blick auf die Einstellungssituation für Lehrerinnen und Lehrer zeigt, dass wir immer noch mehr Bewerbungen als Plätze haben. Und die Zahlen weisen auch aus, dass sich sowohl unter den Bewerbungen für den Schuldienst als auch für den Vorbereitungsdienst die Bewerbungen aus anderen Bundesländern einen hohen Anteil haben. Beim Vorbereitungsdienst lagen sogar mehr Bewerbungen aus anderen Bundesländern als aus Schleswig-Holstein vor.

Insgesamt kann man mit Fug und Recht von einem Bericht über die positive Entwicklung der Unterrichtsversorgung an unseren Schulen sprechen. Für die CDU-Fraktion beantrage ich die Überweisung des Berichtes zur abschließenden Beratung in den Bildungsausschuss.